

Bundestagsdebatte über die Ratifizierung des Vertrages von Nizza (28. Juni 2001)

Quelle: Plenarprotokolle 2001 - 179. Sitzung (28.06.2001). [ONLINE]. [Berlin]: Bundestag, [13.09.2007]. Disponible sur <http://www.bundestag.de/bic/plenarprotokolle/pp/2001/index.htm>.

Urheberrecht: (c) Deutscher Bundestag

URL: http://www.cvce.eu/obj/bundestagsdebatte_uber_die_ratifizierung_des_vertrages_von_nizza_28_juni_2001-de-02acb32c-4f9c-46aa-9761-3598d6c24759.html

Publication date: 18/12/2013

Bundestagsdebatte über die Ratifizierung des Vertrages von Nizza (Berlin, 28. Juni 2001)

[...]

Günter Gloser (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist nicht alles über die Regierungskonferenz von Nizza und deren Ergebnisse geschrieben worden! Was ist nicht alles kritisiert worden! In einer Reihe von Debatten haben wir deutlich gemacht: Wir haben uns mehr erwartet. In einigen Punkten wären in der Tat weiter gehende Änderungen notwendig gewesen.

(Zuruf von der F.D.P.: Ja!)

Aber bei aller Kritik dürfen wir doch nicht das große Ziel aus den Augen verlieren. Es geht um die Einigung unseres Kontinents in Frieden und Demokratie. Welche Perspektive für diesen Kontinent! Welche Perspektive für seine Menschen! Welche Perspektive aber auch für unser Land!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Maastricht und in Amsterdam standen die institutionellen Reformen bereits auf der Tagesordnung. Diese Regierungskonferenzen haben darauf keine Antworten gefunden; sie sind daran gescheitert. In Nizza haben die Staats- und Regierungschefs eine Lösung gefunden. Schon deshalb ist Nizza bei aller sicher berechtigten Kritik ein Erfolg. Sechs Monate nach Nizza ist es an der Zeit, eine nüchterne Bilanz zu ziehen. Dies wird offensichtlich auch dem Europäischen Parlament immer bewusster und wenn ich das richtig verstanden habe, ist sogar die F.D.P. dabei, ihre bislang ablehnende Haltung zu überdenken. Grundsätzlich gilt: Wir brauchen den Vertrag. Ohne ihn können wir die Erweiterung nicht vollziehen.

In Berlin hat die Europäische Union unter deutscher Ratspräsidentschaft den finanziellen Rahmen für die Erweiterung beschlossen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Nicht beschlossen!)

In Nizza wurden die institutionellen Voraussetzungen für die Erweiterung geschaffen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Nicht geschaffen!)

Damit hat die Europäische Union die beiden zentralen Bedingungen für ihre Erweiterungsfähigkeit erfüllt.

(Weitere Zurufe des Abg. Dr. Gerd Müller [CDU/CSU])

- Herr Müller, ich weiß, an der Stelle sind Sie nicht lernfähig. Deshalb sind Ihre Zwischenrufe ohne Belang.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sehen die Beitrittsländer genauso. Deren Reaktion auf Nizza, Herr Müller, sollten Sie entsprechend bewerten. Deshalb fällt deren Bewertung der Ergebnisse von Nizza uneingeschränkt positiv aus. Im Unterschied zur umfassenden Medienkritik an den Ergebnissen von Nizza haben unsere Partner aus den Beitrittsländern die Botschaft von Nizza sehr wohl verstanden.

(Zuruf von der F.D.P.: Sind Sie aber bescheiden!)

In Nizza haben die Staats- und Regierungschefs auch einen Fahrplan für den Verhandlungsprozess vereinbart. In Göteborg haben sie den Fahrplan präzisiert. Sie wollen die Verhandlungen mit den am besten vorbereiteten Beitrittskandidaten bis Ende 2002 abschließen. Wohl wahr, das ist eine ehrgeizige Zielvorgabe, aber wir wollen es gemeinsam schaffen.

Aber auch für die europäische Integration bringt der Vertrag Fortschritte. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Vertrag die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nicht so weit gestärkt hat, wie wir - ich denke, fraktionsübergreifend - bis vor Nizza gefordert hatten. Der Übergang zur qualifizierten Mehrheit konnte in vielen politischen, sensiblen Bereichen nicht erreicht werden. Dafür muss man Gründe nennen: Ausschlaggebend war das Beharren auf nationalen Interessen. Wenn Europa vorankommen will, muss hier ein Umdenken stattfinden. Wer für mehr Integration eintritt, muss bei sich zu Hause - also auch wir bei uns hier - dafür die Voraussetzungen schaffen. Die Regierungskonferenz in Nizza war deshalb so schwierig, weil es auch um die Neuverteilung institutioneller Macht ging. Daraus müssen wir die Lehre ziehen, dass das Machtgleichgewicht zwischen großen und kleineren Mitgliedstaaten eine elementare Voraussetzung für das Funktionieren der Europäischen Union ist. Deshalb konnten und wollten zum Beispiel die kleineren Mitgliedstaaten nicht auf einen eigenen Kommissar verzichten.

Aus deutscher Sicht bleibt festzuhalten, dass die demokratische Legitimation der Ratsbeschlüsse in Nizza gestärkt wurde. Das gilt vor allem für das Prinzip der doppelten Mehrheit.

Der Vertrag von Nizza darf insgesamt nicht als ein Rückschritt betrachtet werden. Er ist vielmehr ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einem vereinten Europa.

(Zuruf von der CDU/CSU: Eine Seitwärtsbewegung!)

Wir dürfen auch nicht übersehen, dass mit dem Vertrag von Nizza trotz allem die Integrationsqualität gestiegen ist: Die Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat wurden auf weitere Bereiche ausgedehnt. Die verstärkte Zusammenarbeit ist entschlackt worden. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nimmt deutliche Konturen an. Die Verabschiedung der Grundrechtecharta ist ein Fundament auf dem Weg zu einer Verfassung der Europäischen Union.

Unsere Aufgabe ist es nun, den Vertrag von Nizza zu ratifizieren. Bundesregierung und Bundesrat haben bereits ihre Standpunkte bezogen. Die Stellungnahmen zeigen, dass beide Verfassungsorgane an ihren unterschiedlichen Rechtsstandpunkten festhalten. Der Bundesrat besteht auf einer Ratifizierung des Vertrages von Nizza mit verfassungsändernder Mehrheit.

Die Bundesregierung hält eine Ratifizierung mit einfacher Mehrheit für ausreichend.

Unser politisches Ziel sollte es sein, die Ratifizierung rechtlich unanfechtbar und rechtzeitig vor dem Europäischen Rat in Laeken im Dezember 2001 abzuschließen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Wovor hat man denn Angst, wenn man nicht einmal eine breite Mehrheit im Parlament will? Diese Geheimdiplomaten!)

- Für uns steht die politische Bedeutung des Vertrages, lieber Herr Kollege Müller, im Vordergrund.

(Uwe Hixsch [PDS]: Dann müssen Sie sich anders verhalten!)

Deshalb sind wir der Auffassung, dass sich der Bundestag im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens parteiübergreifend auf die Ratifizierung des Vertrages von Nizza mit verfassungsändernder Mehrheit verständigen sollte.

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Sehr gut! - Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Gut! - Uwe Hixsch [PDS]: Das müssen Sie aber Ihrer Regierung noch beibringen!)

Damit wäre eine zügige Ratifizierung des Vertrages von Nizza gewährleistet und damit erreichen wir Rechtssicherheit in Bezug auf den Bundesrat. Diese Rechtssicherheit im Hinblick auf den Vertrag von Nizza ist von deutschem, aber auch von europäischem Interesse.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei einer umfassenden Würdigung der Ergebnisse von Nizza darf die Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union nicht fehlen. Mit dieser Erklärung haben die Staats- und Regierungschefs den Beginn eines verfassunggebenden Prozesses für die Europäische Union eingeleitet. Ich will hier ganz deutlich sagen: Diese zukunftsweisende Erklärung hätte es ohne die intensive Überzeugungsarbeit von Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer bei unseren Partnern und ohne die intensive Zusammenarbeit mit der damaligen italienischen Regierung nicht gegeben. Deshalb sollten wir dem Bundeskanzler und auch Ihnen, sehr geehrter Herr Außenminister, ganz herzlich dafür danken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo stünden wir denn heute, wenn wir diese Erklärung nicht hätten? Wo stünden wir heute, wenn wir keine Debatten über die besten Konzepte für Europa, keine Debatte über eine Verfassung hätten? Die Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union ist ein schlagender Beweis dafür, dass die Bundesregierung ihr europapolitisches Handwerk versteht.

Besonders wichtig ist, dass es vor der nächsten Regierungskonferenz eine breite öffentliche Debatte über die Reform der Europäischen Union gibt. Wir stellen uns damit dem Befund, dass die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zum europäischen Projekt in den letzten Jahren ziemlich stetig gesunken ist. Europa ist in die Schlagzeilen geraten - und das nicht nur, seit es BSE oder MKS, sprich: die Maul- und Klauenseuche, gibt.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Seit Österreich und Berlusconi!)

Viele Bürgerinnen und Bürger verstehen Europa nicht mehr. - Manche verstehen davon aber vielleicht mehr als Sie, Herr Müller. - Sie haben eben nicht das Gefühl, dass es auf ihre Stimme ankommt. Brüssel, die europäischen Institutionen haben für sie kein Gesicht.

Mit der Regierungskonferenz 2004 haben wir die Chance, Europa den Bürgerinnen und Bürgern zurückzugeben. Kurz: Wir wollen die demokratische Legitimation in der Europäischen Union stärken. Darum brauchen wir eine Parlamentarisierung und Demokratisierung der europäischen Institutionen.

Worum muss es also im Jahre 2004 und vor allem davor gehen?

Erstens. Wenn jeder Bürger im Prinzip verstehen soll, wie die Europäische Union funktioniert, müssen die europäischen Verträge lesbarer werden.

Zweitens. Verständlich kann die Europäische Union für die Bürgerinnen und Bürger aber nur dann werden, wenn klar ist, wer wofür verantwortlich ist.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Richtig!)

Die Aufgabenverteilung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene muss deshalb auf den Prüfstand.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Richtig!)

Drittens. Die demokratische Legitimation auf der europäischen Ebene kann auf absehbare Zeit nicht auf die Art und Weise erfolgen, wie dies in den Mitgliedstaaten möglich ist. Deshalb ist es richtig, dass wir uns während des Reformprozesses auf dem Weg zur Regierungskonferenz 2004 mit der Frage befassen, wie die Rolle der nationalen Parlamente gestärkt werden kann.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Viertens. Wir müssen klären - da gibt es für uns eigentlich gar keinen großen Klärungszwang -, wie die Grundrechtecharta in die Verträge integriert und rechtsverbindlich werden kann.

Ich will eine weitere Aufgabe nennen: Wir müssen uns der Frage stellen, wie das Verhältnis der europäischen Institutionen zueinander weiterentwickelt werden soll. Wollen wir einen immer stärker werdenden Rat auf Kosten der Europäischen Kommission, das heißt, wollen wir in Richtung auf eine Zusammenarbeit der Regierungen gehen, oder wollen wir mehr einen Integrationsansatz, das heißt, die Vergemeinschaftung stärken und damit neben dem Rat das Gewicht der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments ausbauen? Dies ist sicherlich von unserer Seite zu befürworten.

Parlamentarisierung heißt aber auch, dass wir die europäischen Verträge nicht mehr so wie bisher reformieren können. Das Instrument der Regierungskonferenz ist an seine Grenze gestoßen. Deshalb treten wir mit Nachdruck dafür ein, für die Reform 2004 ein Gremium, ähnlich dem Konvent für die Formulierung der Grundrechtecharta, einzusetzen. In Anlehnung an die Aussage von Willy Brandt "Mehr Demokratie wagen" sage ich: Wir müssen in Europa mehr Parlament wagen.

Aber ich muss dazu sagen: Der Konvent wird kein Allheilmittel für all die vielen Schwierigkeiten sein, die es auf dem Weg zu einer europäischen Integration immer noch gibt und auch künftig geben wird. Wer Europa voranbringen will, muss im Zweifel nationale Interessen hintanstellen und für das europäische Interesse eintreten. Das ist die wichtigste Lehre, die wir aus Nizza ziehen müssen. Wenn wir diese Lehre verstanden hätten, wäre mir um die Zukunft Europas nicht bange.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Für die CDU/CSU-Fraktion spricht der Kollege Peter Hintze.

Peter Hintze (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vertrag von Nizza ist durch das Nein der irischen Bevölkerung neu in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Viele Bürger in Europa empfinden angesichts der Kompliziertheit und Undurchschaubarkeit der Brüsseler Entscheidungsprozesse Unbehagen. Herr Außenminister, der Vertrag von Nizza hat dieses Problem leider eher verschärft. Sie präsentieren uns heute ein ausgesprochen schwaches Ergebnis zur Ratifizierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der PDS)

Europa in der Hand der Regierungen ist weit weg von den Menschen. Deswegen müssen wir Europa den Bürgern wieder zurückgeben. Das ist die zentrale Aufgabe, die im europäischen Verfassungsprozess gelöst werden muss. Wir wollen die Europäische Union so weiterentwickeln, dass sich die Bürger beteiligt fühlen, sie ein echtes Wahlrecht bekommen, das faktisch auch ein Recht zur Wahl und Abwahl der Kommission, der europäischen Exekutive, beinhaltet. Das Europäische Parlament soll der zentrale Ort für wichtige Entscheidungen werden. Europa käme dann den Bürgern viel näher. Nicht zuletzt eine klar gegliederte Kompetenzabgrenzung trägt dazu bei, dass Europäische Union und Bürgernähe keine Gegensätze mehr sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Vertrag von Nizza muss in allen 15 Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Nun haben die Iren Nein gesagt. Es stellt sich die Frage: Wie geht es weiter? Ist der Vertrag von Nizza mit dem irischen Nein tot? Ich sehe für Europa noch eine gute Chance, die Ratifikation auch in Irland zu schaffen, wenn die Art und Weise, wie der Vertrag von Nizza in den anderen europäischen Mitgliedstaaten beraten wird, wie die Ratifizierung dort abläuft und wie die Perspektiven für die Zukunft sind, die irische Bevölkerung überzeugt.

Ich will eines sagen - Herr Kollege Glöser hat es zaghaft angesprochen -: Deutschland ist jetzt an der Reihe. Unverständlicherweise hat sich die Bundesregierung dazu entschlossen, die Ratifizierung auf einer Art "low-level" durchzuführen, das heißt, auf der niedrigst möglichen Ebene, nach dem Motto, es reiche, wenn

Parlament und Bundesrat mit einfacher Mehrheit zustimmten.

Nun kann man im Hinblick auf die dürftigen Ergebnisse von Nizza politisch zu dem Schluss kommen, dass eine einfache Mehrheit vielleicht reicht. Integrationspolitisch, Herr Außenminister, halte ich es aber für einen schweren Fehler der Regierung, so zu verfahren. Die irische Regierung hört auf ihre Bevölkerung, unser Bundeskanzler Schröder dagegen hört nicht einmal auf seine eigene Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU - Susanne Kastner [SPD]: Was Sie alles wissen!)

Ich bedaure, dass er heute nicht hier ist. Ausnahmsweise müssen wir den Außenminister für etwas kritisieren, für das er zwar als Regierungsmitglied Verantwortung trägt, das aber nicht aus der Tiefe seines Herzens gekommen ist.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Im Gegenteil!)

Im Europaausschuss herrscht unter allen Abgeordneten eine breite Übereinstimmung darüber, dass das Ratifizierungsgesetz zum Nizza-Vertrag mit einer Zweidrittelmehrheit ausgestattet werden sollte. Ich stehe nicht an zu sagen: Ich freue mich, dass sich der Kollege Gloser eben hier hingestellt und gesagt hat, dass diese Überzeugung auch weiterhin gilt. Ich finde es sehr anständig, dass er das getan hat.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

In Kenntnis der Stellungnahme des Bundesrates, von 15 Ministerpräsidenten, 15 Justizministern und 15 Europaministern und in Kenntnis der Stellungnahme der Fraktionen des Deutschen Bundestages sagt die Bundesregierung trotzig: Einfache Mehrheit soll es sein. - Was ist das? Ist das Angst vor dem Parlament oder Ignoranz?

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Arroganz!)

Was steckt dahinter? Der Bundeskanzler sagt: Basta, einfache Mehrheit, und das ist gut so.

(V o r s i t z: Vizepräsidentin Petra Bläss)

Ich erinnere mich noch an die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages. Hier im Haus sitzen einige, die das auch noch in Erinnerung haben. Die damalige Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hatte ursprünglich die Absicht, den Amsterdamer Vertrag nach Art. 23 Abs. 1 Satz 2 hier zur Ratifizierung vorzulegen. Es waren die Vertreter der Grünen - ich glaube, Herr Fischer war damals Sprecher der Grünen -

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Er war auch einmal Parlamentarier!)

und die Vertreter der SPD, die an die Regierung herangetreten sind und gesagt haben: Lasst uns alle juristischen Fallstricke und Unsicherheiten ausräumen und dies als eine gemeinsame Aufgabe verstehen. Die Bundesregierung hat das damals aufgegriffen und das Ganze entsprechend eingebracht. Es gab dann eine Zweidrittelmehrheit für die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Das hat er vergessen!)

Deshalb finde ich es einerseits schön, dass sich die Regierungsfractionen daran erinnern - das erleben wir hier im Parlament nicht immer; dies ist endlich einmal ein Fortschritt -, andererseits aber schade, dass der Bundeskanzler, der die Ratifizierung des Vertrages von Nizza für nicht wichtig genug hält, um hier im Parlament zu sein, anders entschieden hat. Auch wenn wir das Angebot der Sozialdemokraten aufgreifen, die Sache zu heilen, wäre es korrekter und sicherer, die Bundesregierung würde diesen falschen Gesetzentwurf zurückziehen und dem Parlament einen neuen Gesetzentwurf mit einer geänderten Eingangsformel zuleiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich möchte noch etwas sagen: Trotz der in der Sache unbefriedigenden Ergebnisse besteht eine breite Übereinstimmung, diesen Vertrag wegen der grundlegenden Wirkung für die Osterweiterung, die wir als die große historische und politische Aufgabe verstehen, zu ratifizieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist mir ein völliges Rätsel, wie es eine Regierung schafft, eine im Parlament vorhandene Zweidrittelmehrheit, die bereit ist, einen solchen Vertrag zu tragen, durch reine Rechthaberei in Gefahr zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wenn die Opposition gebeten wird, europapolitisch bedeutsame Dinge mitzutragen und nicht aus taktischen Gründen Schwierigkeiten zu schaffen, wie wir das in unserer Regierungszeit mit Ihnen bei manchen Themen erlebt haben, muss man mit ihr fair umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Es spricht für das Funktionieren des Parlamentarismus, dass der Kollege Gloser von der SPD erklärt hat, dass Sie die Auffassung, die Sie im Europaausschuss vertreten haben, trotz des gegenteiligen Votums der Bundesregierung auch hier im Parlament vertreten. Dies ist ein Zeichen für die Unabhängigkeit des Parlaments; dies wird unserem Auftrag gerecht. Insofern halte ich das für eine positive Sache.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Der Nizza-Vertrag selbst ist leider ein Beitrag zur Steigerung der Unübersichtlichkeit und zur Absenkung der demokratischen Kontrolle in Europa. Die Verträge sind unübersichtlicher geworden. Wir hatten uns eine Vereinfachung gewünscht und es ist eine Komplizierung herausgekommen. Ich bitte den Außenminister, nicht nur kräftig zu gähnen, was möglicherweise auf Sauerstoffmangel beruht, sondern uns auch dazu ein Wort zu sagen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Er gähnt immer, wenn es unangenehm wird!)

Die parlamentarische Demokratie und die Gewaltenteilung sind auf ziemlich niedrigem Niveau stecken geblieben. Es ist sogar geschafft worden, im Rat für viele Dinge eine Mehrheitsentscheidung zu beschließen und gleichwohl das Europäische Parlament an einer Mitentscheidung zu hindern. Dies gilt selbst für ein Kernelement des Parlamentarismus wie das der Haushaltsordnung. Ich habe das Gefühl, dass manche Regierungen das Parlament als Störenfried ansehen. Insofern wollen wir unsererseits als Parlament etwas stören, weil wir der Auffassung sind, dass die zentralen Entscheidungen in den Parlamenten getroffen werden sollten. Das gilt für die nationalen Parlamente wie auch für das Europäische Parlament.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der F.D.P. und der PDS)

Das Treffen von Entscheidungen im Ministerrat wird schwieriger und komplizierter. Man hat es geschafft, dass in Zukunft, wenn die Erweiterung durchgeführt ist, selbst bei einfachsten Fragen 74 Prozent der gewichteten Stimmen nötig sind, um überhaupt zu einer Entscheidung zu kommen. Zusätzlich zu den zwei Hürden hat man eine dritte Hürde errichtet. Entscheidungen zu treffen wird noch schwieriger, gerade wenn wir im größeren Kreis beieinander sind.

Ein ganz bedauerliches Ergebnis dieser Regierungskonferenz ist, dass wir die neuen Partner Tschechien und Ungarn bei der Sitzverteilung im Europäischen Parlament diskriminieren und ihnen weniger Sitze geben als Belgien und Portugal, obwohl sie mehr Einwohner haben. So kann Partnerschaft in Europa nicht aussehen.

Deswegen fordern wir als CDU/CSU-Fraktion, dass das in den Beitrittsverträgen mit Tschechien und Ungarn korrigiert wird und die Europäischen Verträge entsprechend geändert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der F.D.P. und der PDS)

Meine Damen und Herren, die CDU/CSU-Fraktion wird dem Nizza-Vertrag zustimmen, weil er der Schlüssel für die Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union ist.

(Beifall des Abg. Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU])

Das ist eine große und bedeutende Aufgabe, der wir uns selbstverständlich stellen wollen. Wir weisen dabei darauf hin, dass auch der Kommissionspräsident, Herr Prodi, unsere Unterstützung hat, der gesagt hat, dass die Dinge, die mit der Erweiterung verbunden sind, notfalls im Rahmen der Beitrittsverträge geregelt werden müssten, und die anderen Dinge im Rahmen des Verfassungsvertrages, wenn es beim irischen Nein bleibt. Wir können die historische Aufgabe der Osterweiterung nicht auf Gedeih und Verderb allein an den Vertrag von Nizza binden. Sie muss auch politisch weitergeführt werden, notfalls über den Weg der Beitrittsverträge mit den Einzelregelungen oder des Verfassungsvertrags mit den grundlegenden Regelungen.

Eines ist allerdings deutlich geworden - dafür hat die Konferenz in Nizza ein eindrucksvolles Beispiel geliefert -: Die Methode Regierungskonferenz hat sich erschöpft. Wir brauchen ein neues, kreatives Verfahren. Für die Erarbeitung des Verfassungsvertrags brauchen wir eine vorbereitende Versammlung aus Mitgliedern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, der nationalen Regierungen und der Europäischen Kommission, die gleichberechtigt einen Entwurf erarbeiten, der dann im Rahmen der üblichen Vertragsabwicklung durch eine Regierungskonferenz beschlossen und in den Nationalstaaten ratifiziert wird. Dadurch ist man in der Lage, für die Erarbeitung mehr Kreativität aufzubringen und mehr Konsens herzustellen, als das mit der üblichen Methode der Regierungskonferenz bisher der Fall war.

Ich wünsche mir, dass wir dieses umfassende Projekt, die Weiterentwicklung der Europäischen Union, die Gestaltung eines Verfassungsvertrages mit einer horizontalen und einer vertikalen Kompetenzabgrenzung und die Erweiterung der Europäischen Union, als die große Aufgabe im beginnenden 21. Jahrhundert angehen. Die CDU/CSU bietet der Regierung an, sie in den Grundfragen zu unterstützen. Wir bitten aber die Regierung, ihrerseits das Parlament und auch uns zu würdigen und diese Themen in einem fairen Verfahren zu besprechen und auf den Weg zu bringen, damit der europapolitische Konsens auch integrationspolitisch von der Regierung gestützt wird.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Für die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen spricht jetzt der Kollege Christian Sterzing.

Christian Sterzing (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir müssen zunächst ein Missverständnis ausräumen. Herr Kollege Hintze, ob der Nizza-Vertrag mit einer Zweidrittelmehrheit oder einer einfachen Mehrheit verabschiedet wird, hat nichts mit der politischen Bedeutung dieses Vertrags als solchem zu tun. Es gibt, wie beim Amsterdamer Vertrag, eine juristische Auseinandersetzung über die Frage, ob eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist oder nicht; das hängt mit unklaren Artikeln im Grundgesetz zusammen. Darüber kann man juristisch streiten. Aber die Tatsache, dass die Bundesregierung hier den Vorschlag macht, das Gesetz mit einer einfachen Mehrheit durch das Parlament und den Bundesrat zu bringen, lässt nun wirklich nicht den Rückschluss zu, dass die Bundesregierung oder irgendeine der Regierungsfaktionen der Meinung ist, dass der Vertrag von Nizza ohne europa- oder integrationspolitische Bedeutung sei. Ich glaube, es steht vollkommen außer Zweifel, dass Nizza ein wichtiger Schritt im europäischen Integrationsprozess ist.

[...]

Die Frage, ob Nizza es angesichts der Kritik, die in den letzten Monaten an diesem Vertrag immer wieder geübt worden ist, wert ist, ratifiziert zu werden, sollte nicht zu parteipolitischen Spielchen verführen. Insofern hoffe ich sehr, dass sich gerade die F.D.P. noch bewegt und von ihrer ursprünglich ablehnenden Haltung Abstand nimmt. Das ist nicht ganz einfach.

Ich erinnere daran, dass gerade die F.D.P. in der Europapolitik in den letzten Jahren immer das Hohelied auf die Notwendigkeit der kleinen Schritte gesungen hat. Ich erinnere daran, dass gerade gestern Herr Möllemann sich sehr besorgt über die Position der F.D.P. geäußert hat. Er hat gesagt, es wäre ein Treppenwitz, wenn jene Partei, die sich immer für eine Politik der kleinen Schritte ausgesprochen habe, jetzt sagte, die in Nizza erreichten Schritte seien nicht groß genug.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Die Schritte dürfen nicht zu klein werden!)

Insofern stellt sich doch die Frage: Sind in Nizza Fortschritte gemacht worden? Das ist zweifellos der Fall. In vielen Bereichen sind Fortschritte gemacht worden. Die Schritte sind nicht groß genug.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Sehen Sie!)

Wir konnten uns immer vorstellen, in Nizza größere Schritte zu machen, mit größerer Entschlossenheit das eine oder andere Reformvorhaben anzupacken. Das hat auch die Regierung nie verschwiegen.

Die Tatsache, dass einige der Schritte sehr klein geblieben sind,

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Mini!)

führt nicht dazu, dass der Vertrag in Gänze abgelehnt werden sollte. Denn eine solche Ablehnung wäre nur gerechtfertigt, wenn Schritte unternommen worden wären, die in die falsche Richtung gehen. Das kann ich wirklich nicht sehen. Insofern müsste sich jeder, der diesen Vertrag ablehnt, fragen lassen, was er damit auslöst, welche Steine er damit dem Integrationsprozess in den Weg legt.

Diese Steine sind, glaube ich, offensichtlich. Ihr Kollege Möllemann spricht das sehr deutlich aus. Er klagt eine eindeutiger Position Ihrer Partei zur geplanten EU-Osterweiterung ein. Er erinnert damit an ein ganz entscheidendes, wenn nicht das entscheidende politische Signal von Nizza, nämlich das grüne Signal für die Osterweiterung. Sie und auch die PDS müssen sich klar werden: Wer Nizza ablehnt, wer hier Nachbesserungen verlangt, der zerstört dieses Signal, der setzt den Fahrplan für die Osterweiterung aufs Spiel. Das können wir uns politisch auf keinen Fall leisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Der zweite Punkt: Nizza ist - dies wurde schon erwähnt - ein wichtiger Schritt auf dem Reformweg der Europäischen Union. Wir sprechen heute fast schon mehr über den Post-Nizza-Prozess als über Nizza.

[...]

Nun müssten Sie mir erklären, ob in Nizza ein Schritt in die falsche Richtung gemacht worden ist, der eine vollständige Ablehnung des Vertrages rechtfertigt. Dazu habe ich von Ihnen bislang nichts gehört. Sie beklagen zwar, dass zu wenige Reformschritte auf den Weg gebracht worden seien. Aber Sie haben nicht gesagt, dass diese vollkommen falsch seien oder in die falsche Richtung gingen. Ich glaube, wir müssen uns schon der Mühe unterziehen, die einzelnen Vertragswerke, zu denen das Parlament leider nur Ja oder Nein sagen kann, tatsächlich in ihrer Komplexität zu beurteilen und daraus politische Schlüsse zu ziehen.

Wenn man den Vertrag von Nizza ablehnt, dann signalisiert man auch, dass man die Osterweiterung ablehnt. Das darf auf keinen Fall geschehen. Des Weiteren ist mit dem, was man als Post-Nizza-Prozess bezeichnet,

eine neue Reforminitiative angestoßen worden, gerade auch durch die Bundesregierung. Wer gegen den Vertrag von Nizza stimmt, muss auch erklären, was aus der Reforminitiative, die gerade durch den Gipfel von Nizza auf den Weg gebracht worden ist, werden soll. Darüber debattieren wir bereits. Ich glaube, die Ablehnung des Vertrages von Nizza wäre für den Reformprozess schädlich und würde die Debatte über Reformen behindern.

Sicherlich gibt es gute Gründe, den Vertrag von Nizza zu kritisieren. Aber es gibt bei allen Unzulänglichkeiten auch gute Gründe, den Vertrag von Nizza zu ratifizieren; denn damit fördert man sowohl den Erweiterungsprozess als auch den weiteren Integrations- und Reformprozess in der EU.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Das Wort für die F.D.P.-Fraktion hat der Kollege Dr. Wolfgang Gerhardt.

Dr. Wolfgang Gerhardt (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es hat schon größere europäische Vertragswerke gegeben als den Vertrag von Nizza, an denen Redner hätten festmachen können, ob man ein Bewusstsein für Europa hat oder nicht.

Amsterdam war jedenfalls ein größerer qualitativer Sprung als Nizza. Damit hat meine Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger wirklich Recht.

Meine Fraktion möchte zwar aus ganz grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Nizza-Prozess keine Steine in den Weg legen. Aber der Vertrag von Nizza ist im Vergleich zu anderen europäischen Verträgen nun wirklich kein großer Wurf. Niemand kann allen Ernstes das Gegenteil behaupten.

[...]

Jeder in diesem Hause weiß, dass Nizza gemessen an dem, was es hätte leisten sollen, ein Fehlschlag war. Alle, die von Nizza zurückkamen, sagten: Wir mussten zwar verhandeln, es blieb uns nichts anderes übrig - solche Stimmen gab es auch aus der deutschen Delegation -; aber es war nicht mehr herauszuholen. Wenn man ein solches, etwas schwächliches Verhandlungsergebnis zu kommentieren hat, dann muss man an diesem Rednerpult aber nicht dreimal Halleluja schreien. Nizza und Berlin sind, gemessen an dem notwendigerweise ehrgeizigen Ziel der Osterweiterung der Europäischen Union, Fehlschläge gewesen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Man kann uns gerne fragen, ob man hätte ratifizieren müssen oder ob es eine Alternative gab. Herr Bundesaußenminister, ich wäre schon dankbar, wenn der Ratifizierungsprozess in diesem Hause mit ruhiger Hand, wie es beim Bundeskanzler Mode geworden ist, durchgeführt würde. Das gäbe uns vielleicht ein Stück mehr Hoffnung auf die belgische Präsidentschaft. Der belgische Premierminister, unser liberaler Kollege, hat in diesen Tagen völlig zu Recht die Bezeichnung "Identitätskrise" benutzt. Zwar haben Sie, Herr Bundesaußenminister - ich erinnere an Ihren Vortrag in der Humboldt-Universität -, der Bundeskanzler und auch Herr Jospin wichtige Reden gehalten; aber zusammen haben Sie das Entscheidende nicht gesagt.

[...]

Daran wird deutlich, welch krasses Missverhältnis zwischen Ihrer Beschwörung Europas und Ihrer Politik besteht.

[...]

Kern des Problems ist, ob wir überhaupt wieder die Fähigkeit entwickeln, den Menschen zu vermitteln, worin die Dimension und die Notwendigkeit europäischer Aufgaben besteht. Mir erscheint es so, dass die

Menschen nach der Katastrophe der deutschen Geschichte davon noch wussten. Eine solche Kette von Gipfelveranstaltungen hat allmählich dazu beigetragen, dass die Menschen das völlig vergessen haben. Dem irischen Votum liegt für mich keine Beliebigkeit zugrunde; vielmehr ist es ein ganz ernsthafter Hinweis, dass die Fortsetzung dieser Art von Gipfelpolitik ein Bewusstsein für Europa überhaupt nicht mehr wecken kann.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Vor der Herausforderung, dieses Bewusstsein erneut zu schaffen, stehen wir.

Es wäre gut, wenn wir uns anlässlich der Beratungen über die in Nizza gefassten Beschlüsse darüber klar würden, dass dort etwas mehr verlangt worden ist, als nur zu fragen, ob derjenige, der Nizza schon heute zustimmt und Erklärungen abgibt, ein guter Europäer ist und ob derjenige, der heute sagt: "So kann es einfach nicht weitergehen", ein schlechter Europäer ist. Jedes Mitglied unserer Fraktion weiß, dass es zur Politik gehört, manchmal Entscheidungen hinzunehmen, die etwas kümmerlich sind, um überhaupt weiterzukommen. Wenn Sie Nizza in diese Rubrik einordnen, dann können Sie mit unserer Fraktion reden; denn auch wir wissen, was geschichtliche Verantwortung gegenüber europäischen Vertragswerken ist. Aber unterlassen Sie es, uns Nizza glorios wie ein Gemälde zu beschreiben.

[...]

Meine Damen und Herren, für meine Fraktion lege ich Wert auf ein klares, zeitlich nicht beschränktes, jedenfalls nicht zu schnelles Ratifizierungsverfahren, das auch die Hürde der Mehrheiten klärt. Wir möchten einen weiteren Fortgang im Rahmen der belgischen Präsidentschaft. Es wäre gut, wenn Signale über Nizza hinausgingen. Das macht eine Ratifizierung einfacher. Ich habe die Hoffnung, dass, wenn im Herbst eine Entscheidung über Nizza gefällt wird, wir sagen können: Wir nehmen das hin. Es war nicht einer der glanzvollsten Gipfel. Aber wir sind froh, dass es in der belgischen Präsidentschaft weitergeht. - Es obliegt der Bundesregierung, das Ratifizierungsverfahren mit Offenheit und strategischer Klugheit zu führen. Dann stellen sich auch hier ausreichende Mehrheiten heraus. Das gehört auch dazu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Für die PDS-Fraktion spricht jetzt der Kollege Uwe Hixsch.

Uwe Hixsch (PDS): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen heute eine Diskussion zu einem Gesetzentwurf zum Vertrag von Nizza, die eigentlich nur unter Vorbehalt stattfindet.

(Beifall bei der PDS)

Denn zwei Verfassungsorgane haben eindeutig klargemacht, dass sie der festen Überzeugung sind, dass dieser Gesetzentwurf mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden muss. Sowohl der Bundesrat als auch alle Fraktionen im Deutschen Bundestag haben dies deutlich ausgesprochen. Die Bundesregierung, das dritte Verfassungsorgan, tut jedoch so, als ob sie das nicht interessieren muss. Herr Außenminister, dieses verfassungsrechtlich äußerst bedenkliche Vorgehen ist zum einen europaschädlich und zum anderen vor allem ein Zeichen dafür, dass Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben. Haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, dass das Europa, so wie es heute dargestellt wird, nämlich ein Europa, das nur von den Regierungen diskutiert wird, das für die Menschen nicht mehr fassbar ist und in dem nicht mehr die zentralen Themen, zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Strukturpolitik und Entwicklung der Sozialpolitik, im Mittelpunkt stehen, von den Menschen - wie jetzt in Irland - nicht akzeptiert wird?

Wir erleben in der Bundesrepublik, dass die Bundesregierung verfassungsrechtliche Bedenken zur Seite schiebt, weil sie von innenpolitischen Problemen ablenken möchte. Deshalb, sehr geehrter Herr Außenminister, fordere ich Sie im Namen der PDS-Bundestagsfraktion ausdrücklich auf, alles dafür zu tun, dass nicht nachträglich Menschen, die Probleme mit dem Nizza-Vertrag haben, die Möglichkeit bekommen,

verfassungsrechtlich gegen die jetzige von der Bundesregierung an den Tag gelegte Art und Weise vorzugehen, sodass eventuell Sie die Schuld daran tragen, dass Deutschland zu einem Bremsen bei der Ratifizierung des Vertrages von Nizza wird.

(Beifall bei der PDS)

Wir fordern Sie auf: Legen Sie einen neuen Gesetzentwurf vor. Nehmen Sie die Bedenken von Bundesrat und Bundestag auf und machen Sie deutlich, dass die Zweidrittelmehrheit eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass alle Bedenken ausgeräumt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen ein Europa, das sich weiterentwickelt. Wir brauchen ein Europa, das deutlich macht, dass die Demokratisierung aller europäischen Strukturen im Zentrum weiterer europäischer Politik stehen muss und dass Transparenz von Entscheidungen und dass Mitbestimmen können, warum Gesetzentwürfe und Richtlinien verabschiedet werden, zum Zentrum aller politischen Entwicklungen werden müssen. Wir alle müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass die Europamüdigkeit - zum Teil ist es sogar Europafeindlichkeit - in immer mehr Staaten zunimmt.

Auf der einen Seite treten wir für die Durchsetzung plebiszitärer Elemente und für direkte Demokratie und Volksabstimmungen ein. Auf der anderen Seite können wir aber doch nicht über eine in Irland durchgeführte Volksabstimmung über ein Europa der Regierungen, ein Europa, das die soziale Dimension vergisst und ein reines Binnenmarktprojekt werden kann, ein Europa, das nicht die demokratische Dimension in den Mittelpunkt stellt, sondern Regierungsgemauschel in internen Gremien für wichtiger hält, hinweggehen und so tun, als hätte es sie nicht gegeben. Deshalb bitte ich Sie alle: Nehmen Sie das irische Votum ernst. Nehmen Sie ernst, dass die Menschen ein anderes Europa wollen, und setzen Sie sich dafür ein.

Ich sage Ihnen, Herr Sterzing: Wenn die PDS-Bundestagsfraktion dafür eintritt, dass der Nizza-Vertrag nachverhandelt werden muss, tut sie das im europapolitischen Interesse. Wir wissen, dass ein Europa der 28, das sich weiterentwickelt als heute, ein Europa, das zu einem Binnenmarktprojekt werden wird ohne jegliche politische, demokratische Legitimierung, ein Europa, das sich Strukturen schafft, die nicht mehr in der Lage sind, überhaupt noch für die Menschen nachvollziehbar zu handeln, ein Europa sein wird, in dem die Gefahr des Scheiterns und übrigens auch des Nationalismus wesentlich größer sein wird, wenn wir uns heute nicht gemeinsam dazu entschließen, deutlich zu machen, dass wir Europa weiterentwickeln müssen. Der Deutsche Bundestag muss deutlich machen: Nizza muss nachgebessert werden.

(Beifall bei der PDS)

Deshalb ist die Forderung der PDS-Bundestagsfraktion nach einer Weiterentwicklung des Nizza-Vertrages nicht europafeindlich. Das kann man nur behaupten, wenn man sich nur noch im Regierungseuropa bewegt. Wir fordern, dass wir gemeinsam wieder dafür eintreten, dass Europa die zivilgesellschaftliche Gegenmacht gegen das reine Binnenmarktprojekt werden muss, dass Europa die zivilgesellschaftliche Gegenmacht gegen ein Europa werden muss, in dem Finanz- und Kapitalströme undemokratisch fließen können, in dem sich die demokratisch legitimierte Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag und auch in den Landtagen für Entscheidungen rechtfertigen müssen, die sie teilweise selbst nicht mehr vertreten können.

Deshalb lautet die Forderung der PDS-Bundestagsfraktion: Lasst uns Nizza nachverhandeln. Sie ist ein Aufruf, Europa für die Menschen demokratischer zu gestalten.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Das Wort hat der Herr Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer.

(Wolfgang Gehrcke [PDS]: Jetzt wollen wir mal hören!)

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Ratifizierung des Nizza-Vertrages ist von überaus großer Bedeutung. Zu Recht haben wir in verschiedenen Debatten - mit "wir" meine ich die Rednerinnen und Redner nahezu aller Fraktionen im Haus - immer wieder darauf hingewiesen, dass es sich nach dem Ende des Kalten Krieges bei der Osterweiterung der Europäischen Union - jetzt über zehn Jahre nach dem Fall der Mauer - in der Tat um ein historisches Projekt des Zusammenwachsens Europas handelt. Die Voraussetzungen dafür, dass die EU beitrittsfähig ist, wurden in Nizza gelegt. Deswegen hat die Ratifizierung eine überaus große Bedeutung.

Wenn all diejenigen, die - aus welchen Gründen auch immer - verlangen, der Nizza-Vertrag solle nachverhandelt werden, diese Forderung nicht als rein innenpolitische und letztendlich unter den Gesichtspunkten praktischer Veränderungen belanglose Forderung aufstellen, sondern das ernst meinen, bedeutet dies im Klartext eine Verschiebung der Osterweiterung der Europäischen Union. Dies hielte ich für grundfalsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD - Uwe Hixsch [PDS]: Das stimmt doch nicht! Sie haben doch Prodi gehört, Herr Außenminister!)

Insofern möchte ich mich bei allen Rednerinnen und Rednern, vor allem auch bei denen der Oppositionsfraktionen, bedanken, die signalisiert haben, dass sie zustimmen. Ganz besonders möchte ich mich bei dem Redner der F.D.P.-Fraktion bedanken, in der es eine beeindruckende Fortentwicklung der Position hin zu einer Ratifizierung gibt. Ich finde das eine überaus vernünftige Position.

Allerdings möchte ich einige Anmerkungen zum Kollegen Gerhardt machen. Wenn Sie Nizza und Berlin als Fehlschläge bezeichnen, Kollege Gerhardt, kann ich Ihnen nun weiß Gott nicht folgen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Damit habe ich auch nicht gerechnet!)

Sie haben wirklich kein Argument gebracht, warum die Erweiterung etwa durch die Finanzvereinbarung der Agenda 2000, die wir hier in Berlin geschlossen haben, behindert würde.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Das ist nicht fair!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Bis 2006 - der Finanzrahmen reicht von 2000 bis 2006 - steht die Erweiterung auf einer soliden Finanzierungsgrundlage.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch Märchenstunde! Das glaubt Ihnen niemand!)

Für die Zeit ab 2006 hat diese Bundesregierung in der Auseinandersetzung mit einem anderen wichtigen Mitgliedsland Festlegungen abgewehrt, damit nicht der Fall eintritt, den wir alle nicht wollen, dass nämlich in einer vergrößerten, erweiterten Union die Strukturmittel noch an die kleine, an die alte Union gebunden werden. Das genau hat diese Bundesregierung abgewehrt. Insofern verdienen wir hier nicht Ihren Tadel, sondern müssten eigentlich Ihr Lob bekommen. Aber das wäre wohl zu viel der Erwartung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Uns zu unterstellen, Kollege Gerhardt, wir seien schuld daran, dass die Erweiterung noch nicht weiter sei, finde ich angesichts dessen, was wir vorgefunden haben, ein starkes Stück.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Ich kenne Ihr zögerliches Verhalten am Anfang!)

Da kann ich Ihnen nur sagen: Wir haben von der vorherigen Bundesregierung die Verantwortung für Versprechungen übernehmen müssen, nach denen Polen bereits im Jahre 2000 Mitglied der Europäischen Union sein sollte.

(Günter Gloser [SPD]: Hören Sie zu, Herr Gerhardt!)

Das Jahr 2000 ist herum. Es lag nicht an der rot-grünen Bundesregierung und Bundeskanzler Schröder, dass dieses nicht realisiert werden konnte, da erst unter der österreichischen Präsidentschaft, ein halbes Jahr vor der von uns dann auszufüllenden Präsidentschaft nach der Bundestagswahl, der konkrete Verhandlungsprozess begann.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Stimmt so nicht!)

Das heißt, acht Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges ging es erst konkret voran, vorher gab es nur visionäre Versprechungen. Dafür müssen Sie, Herr Kollege Gerhardt, schon selbst die Verantwortung übernehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Nein!)

- Weiß Gott, doch.

Ich kann Ihnen versichern - im Europaausschuss sind wir uns darin ja völlig einig -, dass wir alles tun, um diese Erweiterung möglichst schnell Wirklichkeit werden zu lassen. Ich verstehe zwar, dass die Liberalen in Fragen der Marktöffnung eine andere Position vertreten, aber die Regelungen, die die Kommission jetzt in ihren Vorschlag übernommen hat, hindern niemand daran, seinen Arbeitsmarkt sofort zu öffnen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Ich weiß es ja! Aber warum brauchen Sie denn so lange?)

- Ich will Ihnen sagen, warum: weil wir die Zustimmung der Menschen brauchen und es Sorgen in den Grenzregionen gibt. Ich habe mittlerweile an vier oder fünf Bürgerversammlungen in den Grenzregionen teilgenommen; deswegen kann ich Ihnen sagen: Es geht ganz entscheidend darum, dass wir die Menschen mitnehmen.

Bundeskanzler Schröder hat in seiner Weidener Rede zu Recht vorgeschlagen, eine Übergangsfrist von sieben Jahren einzurichten, diese aber flexibel zu gestalten: Nach zwei Jahren wird es die erste Überprüfung geben, nach fünf Jahren kann die Frist verlängert werden.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Er hat angekündigt: nach der Bundestagswahl!)

Das heißt im Klartext, dass wir die Erfahrungen, die wir bei der Süderweiterung der Europäischen Union gemacht haben, aufgreifen. Die luxemburgische Kollegin - übrigens eine Liberale - hat das dargestellt: Zehn Jahre Übergangsfrist wurden damals beim Beitritt Portugals beantragt, nach fünf Jahren hat Luxemburg darauf verzichtet und gesagt, diese sei nicht mehr notwendig. Ich gehe heute fest davon aus, dass wir mit dieser flexiblen Regelung ähnliche Erfahrungen machen werden.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Übergang reicht nicht!)

Nur dieser Bundesregierung vorzuwerfen, sie würde nicht alles tun, um die Osterweiterung Realität werden zu lassen, geht an der Wirklichkeit nun weiß Gott vorbei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD - Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Sie bereiten die Menschen im Inland nicht vor!)

Der Vertrag von Nizza wird die Osterweiterung ermöglichen. Ich halte überhaupt nichts davon, wie es hier teilweise getan wird, ihn herunterzureden. Im Gegenteil: Es waren sehr schwierige Verhandlungen, aber es sind entscheidende Überbleibsel der Amsterdamer Verhandlungsrunde beseitigt worden. Dieser Vertrag beinhaltet vor allen Dingen - das hat diese Bundesregierung durchgesetzt -, dass wir mit der Perspektive 2004 bei der Vertiefung vorangehen, das heißt Demokratisierung, Schaffung von Transparenz und

verfassungsmäßige Gestaltung einer sich erweiternden Europäischen Union. Das ist eines der Ergebnisse von Nizza und für die Zukunft der Europäischen Union von zentraler Bedeutung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Die Länder wurden dazu gezwungen!)

Gestatten Sie mir noch einen Satz zur Verfahrensfrage. Aus den Äußerungen der PDS bin ich nicht ganz schlau geworden. Sie wollen ablehnen, fordern aber zugleich eine Zweidrittelmehrheit für die Annahme.

(Wolfgang Gehrcke [PDS]: Haben wir nicht gesagt!)

Sie tun ja gerade so, als wenn die einfache Mehrheit im Parlament antidemokratisch oder undemokratisch wäre und die Bundesregierung das Ratifikationsverfahren abschaffen wollte. Sie tun ja gerade so - das halte ich in der Tat für bedenklich -, als wäre Europa ein Europa der Regierungen. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Der Europäische Rat ist eine demokratisch legitimierte Institution, dessen Fortentwicklung wir uns wünschen. Ihn aber deswegen populistisch in die Ecke zu stellen und zu sagen, er sei demokratisch nicht legitimiert, geht nicht.

Man muss wissen, was man tut. Hierbei handelt es sich um einen entscheidenden Anker des europäischen Integrationsprozesses. Das trifft genauso auf das Europäische Parlament, die Kommission und die nationalen Parlamente zu. In diesem institutionellen Quadrat wird sich die institutionelle Zukunft der europäischen Entwicklung vollziehen müssen. Hier liegt die entscheidende Frage für die horizontale Kompetenzklärung. Ebenso müssen wir eine vertikale Kompetenzklärung bezüglich der inhaltlichen Frage vornehmen, wer, was, wo zu entscheiden hat.

Ich möchte noch einmal klar darauf zu sprechen kommen: Bezüglich einer verfassungsrechtlichen Prüfung mag man höchst unterschiedlicher Meinung sein und zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Hier ist aber keine Kulanz angebracht. Das wäre falsch. Die Frage ist, ob eine Zweidrittelmehrheit für Souveränitätsübertragungen da, wo sie unverzichtbar sind, notwendig ist. Wenn dieses nicht der Fall ist, bitte ich gerade die Kollegen, von denen ich weiß, dass sie nachdrücklich für mehr Integration eintreten, doch sehr sorgsam darauf zu achten, dass nicht an falscher Stelle Präjudize geschaffen werden, die uns an anderer Stelle große Probleme bereiten werden.

(Uwe Hixsch [PDS]: Sie haben Angst vor dem Parlament, Herr Außenminister!)

- Das ist doch keine Angst vor dem Parlament; das hat doch mit dem Parlament nichts zu tun! Mir geht es darum, dass wir hier meines Erachtens eine klare Stellungnahme der Bundesregierung haben. Auch das Parlament hat sich heute geäußert. Ich denke, es wird ein vernünftiges Verfahren geben, so dass wir, ohne dass es hier zu einer Blockade kommt - das ist das Interesse des Außenministers -, zügig und auf breiter Grundlage - ich würde mir wünschen, weit über die Zweidrittelmehrheit hinaus - die Ratifizierung vollziehen können.

Ich bedanke mich.

[...]

Vizepräsidentin Petra Bläss: Nächster Redner ist der Kollege Michael Stübgen für die CDU/CSU-Fraktion.

[...]

Michael Stübgen : Wir befinden uns jetzt in der Phase der Ratifizierung des Nizza-Vertrages vom Februar dieses Jahres. Wir haben diesen Vertrag in diesem Haus schon beraten und wir kennen die inhaltlichen Mängel dieses Vertrages. Wir kennen das gescheiterte Referendum in Irland. Als ob dies nicht schon genug Probleme im Zusammenhang mit diesem wichtigen Vertrag wären - der ratifiziert werden muss und dem wir

natürlich zustimmen werden, wie ich hier wiederholen will -, machen die Bundesregierung und das einbringende Ministerium, Herr Fischer, völlig ohne Not ein neues Problemfeld auf. Dies ist nicht so nebenbei zu behandeln, weil es nämlich im schlimmsten Fall zum Scheitern der Ratifizierung und zum Scheitern des rechtzeitigen In-Kraft-Tretens dieses Vertrags führen kann.

(Beifall bei der PDS)

Deshalb müssen wir über das Thema hier in diesem Haus reden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte daran erinnern: Der Bundesrat hat einstimmig, einschließlich aller SPD-Ministerpräsidenten, inhaltlich und politisch seine Auffassung dargetan, dass dieser Vertrag mit Zweidrittelmehrheit, also mit verfassungsändernder Mehrheit, umgesetzt werden muss. Auch der Bundestag ist mit allen Fraktionen der Meinung, dass dieser Vertrag mit verfassungsändernder Mehrheit umgesetzt werden muss. Aber Sie, Herr Bundesminister, kratzt das überhaupt nicht. Sie fahren in einfältiger Sturheit Ihren Stiefel weiter

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und beschwören im Wesentlichen drei problematische Auswirkungen herauf, auf die ich jetzt eingehen möchte.

Sie missachten den Bundestag, einschließlich Ihrer Koalitionsfraktionen, als Verfassungsorgan. Ich könnte als Abgeordneter der Opposition notfalls damit leben, dass die Bundesregierung die Koalitionsfraktionen zur Opposition macht. Aber in diesem sensiblen Bereich der Europapolitik, die für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde entscheidend sein wird, ist das ein falsches Signal.

(Beifall bei der CDU/CSU und der PDS)

Das wirklich gravierendste Problem in dieser Angelegenheit: Durch diese Art der Einbringung durch die Bundesregierung, die juristisch nicht klar ist, wird die Ratifizierung des Vertrages möglicherweise endgültig gefährdet. Ich erinnere daran: Die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages 1991 landete vor dem Bundesverfassungsgericht. Es war notwendig, verfassungsrechtlich zu klären, ob der damals eingeschlagene Weg der europäischen Integration verfassungskonform war. Dieses Verfahren hat dazu geführt, dass die Bundesrepublik Deutschland das letzte Land war, das die Ratifizierungsurkunde in Brüssel hinterlegen konnte. Jetzt wird völlig ohne Not - denn die verfassungsrechtliche Klärung ist vollzogen - riskiert, dass dieses Gesetz wieder vor dem Verfassungsgericht landet und im günstigsten Fall die Hinterlegung unserer Urkunde erneut lang verzögert wird.

Beim Vertrag von Amsterdam war es in der Tat so, dass die alte Bundesregierung zunächst der Meinung war, dass eine Ratifizierung mit einfacher Mehrheit ausreicht. Wir haben uns damals - ich erinnere an die nachhaltige Forderung der Grünen mit ihrem damaligen Fraktionssprecher, Herrn Fischer, und der SPD - darauf geeinigt, dass es, wenn nicht eindeutig ausgeräumt werden kann, dass eine Zweidrittelmehrheit notwendig sein könnte, das Unschädlichste ist, den Vertrag mit Zweidrittelmehrheit umzusetzen; denn mit einer größeren Mehrheit darf man es machen, eine geringere könnte zum Scheitern der Ratifizierung führen.

Jetzt haben wir folgende Situation - da sind wir uns mit den Fraktionen dieses Hauses wieder einig -: Wir werden als Parlament versuchen, diesen Fehler zu beheben und den Vertrag mit verfassungsändernder Mehrheit zu beschließen. Nur ist im Moment juristisch nicht eindeutig feststellbar, ob dieses Verfahren überhaupt möglich ist. Ich sage voraus - das ist so sicher wie das Amen in der Kirche -: Irgend jemand wird sich finden und diese Frage in Karlsruhe stellen. Dann kann es im schlimmsten Fall passieren, dass Sie mit der gesamten Nizza-Ratifizierung an die Wand klatschen. Dann haben wir ein solches Theater, dass sich kein Mensch mehr an das gescheiterte irische Referendum erinnern wird. Dies steht in der Verantwortung von Ihnen, Herr Fischer. Ich wäre Ihnen wirklich dankbar, wenn Sie meinen Ausführungen, auch wenn sie Ihnen nicht gefallen, ein bisschen genauer folgen würden. Ich habe Ihnen vorhin auch zugehört.

Das dritte fatale Signal ist auch ganz eindeutig; ich möchte nur kurz darauf hinweisen. Wir haben mit der sogenannten Europamüdigkeit, Europaskepsis in der Bevölkerung zu kämpfen. Es wird immer lauter gesagt: Wir haben über die Europawahl hinaus nicht genug Einfluss auf die europäische Politik. Dort wird Politik gemacht von Regierungschefs und Beamten. In dieser Zeit signalisieren Sie, dass Sie in dieser Frage nicht einmal Rücksicht auf den Bundesrat und auf den Bundestag nehmen - ein fatales Signal, das nicht zur Verbesserung des Vertrauens der Bevölkerung führen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

[...]